

Wohin soll die Schweiz wachsen?

Seit 2002 können EU-Bürger in der Schweiz vorerst kontingentiert, seit Juli 2007 neu ohne jede Kontingentierung arbeiten und wohnen. **Folge: Die Bevölkerungszahl stieg** von 7,2 Mio. (Ende 2001) auf 7,6 Mio. (Ende 2007, davon 1,6 Mio. Ausländer) **um 400 000 Personen**. Der stärkste Anstieg erfolgte 2007 um 84 400 Personen nach Einführung der vollen Personenfreizügigkeit; es handelte sich um die **höchste Zuwanderung seit 1962!** Und 2008 wanderten mit grösster Wahrscheinlichkeit noch mehr Leute ein, amtliche Ergebnisse liegen noch nicht vor. Demgegenüber bewohnten anno **1950** unser Land noch **4,7 Mio. Personen ...**

Nicht ein EU-höriger Bundesrat, sondern die Bürger unseres souveränen direktdemokratischen Staates sollen bestimmen, wie viele und welche Personen hier leben, in einem Land mit einer der **weltweit höchsten Bevölkerungs- und Ausländerdichte**. Bezogen auf das bebaubare Land sind die Nachbarländer Frankreich und Deutschland sechs- bis siebenmal weniger dicht besiedelt, Italien und Österreich zwei- bis dreimal weniger. Die steigende Bevölkerungsdichte führt zu stetig wachsendem **Flächenverbrauch durch Siedlungstätigkeit mit Landschaftsverhandlung**, zu immer stärkeren **Nutzungskonflikten** und zu rasant steigendem **Druck auf die verbliebenen Naturräume**. Und der Import billiger Arbeitskräfte bewirkt **Wohnungsnot** und **steigende Wohnkosten**. All diese Folgen sind politisch nicht erwünscht. Gefragt ist eine Politik, wie sie CHance21 seit Jahren vertritt: Die der an Krebs-Wucherung mahnenden, oft götzenhaft angebotenen «Wirtschafts-Wachstums-Ideologie» entgegentritt. Die generell dem «Wachstum» (die geplatzte Finanzblase lässt grüssen) **Grenzen setzt**, wie auch der Erdkugel, der Fläche der Schweiz, dem Alter und dem menschlichen Körper Grenzen gesetzt sind.

Wachstum von 400 000

Wie kann man diese verheerende **Wachstums-Orgie** stoppen? Weil das in der Schweiz seit Jahren ungebremste Bevölkerungswachstum eine reine **Folge der Immigration** ist, müssen wir die Immigrationspolitik mit Kontingentierungen so gestalten, dass die **Bevölkerungszahl der Schweiz endlich stabil bleibt**. Dabei sind Immigrations-Bewilligungen vorrangig nach den Bedürfnissen der Wirtschaft zu erteilen und mit den Entsender-Staaten Gegenrechtsvereinbarungen für auswanderungswillige Schweizer abzuschliessen. Weil sich solche flexiblen Kontingente mit dem System der Personenfreizügigkeit zur EU nicht vertragen, ist die Weiterführung des entsprechenden Abkommens mit der EU und noch viel mehr dessen Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien am 8. Februar 2009 **abzulehnen**.

Nein, wir sind nicht besser als die Deutschen

Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland fast viermal höher als in der Schweiz. Allein im Jahre **2007 zogen 50 000 Deutsche neu in die Schweiz**, und im letzten Jahr waren es nicht weniger. Heute leben in der Schweiz 224 000 Deutsche, wovon gut 10 000 im Kanton Luzern. Sollte ein Immigrant hier (erneut) arbeitslos werden, sind die Arbeitslosengelder in der Schweiz deutlich höher als in Deutschland. Im Kanton Zürich waren per Ende Oktober 2008 schon **1023 Deutsche als arbeitslos** gemeldet.

Erstmals seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit mit der EU steht der Schweiz für das Jahr 2009 und für die Folgezeit eine **schwere Rezession** bevor. Das Seco rechnet mit einem **Anstieg der Arbeitslosenquote** von derzeit 2,7% auf 3,3% (2009) bzw. auf **4,3%** (2010). Nationalbankpräsident Jean-Pierre Roth sagt schon für 2009 eine Arbeits-

losenquote von 3,7% voraus. Und Reto Kolb, Geschäftsführer der Stiftung KMU Finance plus, erwartet, «dass im Januar Hunderte von Unternehmen Kurzarbeit eingeben werden.» Eine vom VBS **bereits 1999 erstellte und geheimgehaltene**

4,3% Arbeitslose

«**Risiko-Analyse Schweiz**» berechnete die Folgen der damals vorausgesagten Bankenkrise auf 700 000 oder **15% Arbeitslose** ...

Deutschen Immigranten ist nicht zu verargen, wenn sie besseren Erwerbs- und Sozialversicherungsmöglichkeiten in der Schweiz nachgehen. Das ist ja genau das, was die EU-Personenfreizügigkeit will, die sich keinen Deut um unterschiedliche Arbeitsbedingungen, Bevölkerungsdichte und Sozialversicherungssysteme schert. Die **Interessen deutscher Immigranten** können aber **mit den Interessen in der Schweiz ansässiger Einwohner kollidieren**. Denn hier ist niemand an einer Rekord hohen Arbeitslosenquote, an der Gefahr eines Stellenverlustes oder am Kampf um preisgünstigen Wohnraum gegen noch mehr Bewerber interessiert. Daraus folgt das berechtigte standortpolitische Anliegen, das Ausmass (auch) der deutschen Einwanderung zu begrenzen, was ein **NEIN zur Fortführung der Personenfreizügigkeit** mit der EU erfordert.

Nicht, weil Schweizer «besser» wären als Deutsche, sondern allein deshalb, weil **schränkenlose Einwanderung eine Nivellierung des Lebensstandards in der Schweiz nach unten** bewirkt. Höhere Mieten, tiefere Löhne, höhere Arbeitslosenprämien oder schlechtere Arbeitslosenleistungen sind die von einer überwiegenden Bevölkerungsmehrheit zu tragenden Folgen.

Die seltsame Rolle der Gewerkschaften

Nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage muss Personenfreizügigkeit, die das Angebot an Arbeitnehmern in der Schweiz bei gleich bleibender Nachfrage der Arbeitgeber deutlich erhöht, diskussionslos zu **tieferen Löhnen** führen. Das räumen indirekt selbst die Gewerkschaften ein: Gemäss einer Publikation der UNIA vom 18.4.2006 haben die Nettogewinne der Unternehmen im Zeitraum 2002 bis 2005 um über 14% zugelegt, während die Lohneinkommen nur um ca.1% gestiegen sind. Analog **sank der Anteil Arbeitnehmerentgelte am Bruttoinlandprodukt seit 2002 stetig von 63,8% auf 62,3%**. Derweil stieg die Arbeitsproduktivität um 5,6%. In der Schweiz lag die Lohnquote im Jahre 2005 (62,3%) wesentlich tiefer als 1992 (64,4%). Gleich «segensreich» wirkt sich die EU-Personenfreizügigkeit auf die Einkommen der Angestellten im EU-Land Österreich aus: Dort ging der Anteil der Lohneinkommen von 1985 bis 2004 von 79% auf 69% zurück, während der Anteil der Gewinne von Unternehmen und Kapital von 21% auf 31% anstieg. **Gewinner** der Globalisierung und der damit verbundenen Personenfreizügigkeit sind also globale Konzerne und Kapitaleigner, **Verlierer** die kleineren Lohnbezüger und KMU. Dazu passt, dass gemäss einem Richtlinien-Entwurf der EU die Ausdehnung der wöchentlichen Arbeitszeit von Angestellten auf 78 Stunden (sic!) möglich werden soll ...

Lohnquote nur 62,3%

Obwohl gerade schlecht entlohnte Arbeiter zu den Verlierern der Personenfreizügigkeit gehören, vertreten die von SP- und Grün-Funktionären mit EU-Beitrittswünschen beherrschten Deutschschweizer Gewerkschaften seit Jahren dieselbe Ja-Position wie die Economie-Suisse auf Arbeitgeberseite. Die Gewerkschaften versuchen ihre Haltung mit (politisch kaum durchsetzbaren) Gesamtarbeitsverträgen und Kontrollen vor Ort gegen Lohn-Dumping zu rechtfertigen – wie die Lohnquoten-Entwicklung zeigt **ohne Erfolg**. Erfreulicherweise regt sich nun **in der Westschweiz erstmals organisierter Widerstand aus Gewerkschaftskreisen gegen das unsoziale Modell der Personenfreizügigkeit**, die Menschen wie Gummipuppen weltweit um Arbeit antanzen lässt. Und die auf dem amerikanischen Kontinent von den US-Gewerkschaften seit eh und je gegen südamerikanische Einwanderungswellen mit Erfolg bekämpft worden ist.

Man lasse sich von den Schalmeien-Klängen der Vertreter der globalen Konzerne und EU-höriger Politiker über die angeblichen Vorzüge der Bilateralen Verträge nicht beirren: **Nur ein NEIN am 8.2.2009 macht den Weg frei für unerlässliche Neuverhandlungen mit der EU**, wo nicht nur gegenseitige Immigrations-Kontingente, sondern auch eine überfällige Beschränkung des LKW-Transitverkehrs (Stichwort «LKW-Transitbörse») neu ausgehandelt werden sollen.

Gemeinde-Fusionen am Volk vorbei?

CHance21 hat zusammen mit andern Parteien/Organisationen das Referendum gegen die Revision des kantonalen Gemeindegesetzes vom 28.4.2008 ergriffen,

- weil vor der Gesetzes-Revision **alle Gemeindefusionen dem fakultativen Kantons-Referendum unterstellt** waren und dies auch so bleiben soll. Haben die Fusions-Gläubigen Angst vor dem eigenen Volk?
- weil bei der vergleichbaren **Fusion von zwei Kantonen** die Bundesverfassung aus staatspolitischen Gründen gar die obligatorische Zustimmung von Volk und Ständen verlangt.
- weil die Mitsprache der Kantonsstimmberechtigten gerade beim von der Regierung angepeilten **GrossLuzern** besonders wichtig ist: Das politische **Gleichgewicht zwischen Stadt und Land steht in Gefahr**.
- weil mit der Gesetzesrevision gar **Zwangsfusionen** gegen den Willen einer direkt betroffenen Gemeinde vom Kantonsrat verfügt werden können!

Mit einem **NEIN** schieben Sie einem **bedenklichen Demokratieabbau** bei Gemeindefusionen den nötigen Riegel!

* * * * *

Unsere Stimm-Empfehlungen:

NEIN zur Personenfreizügigkeit mit der EU

NEIN zur Revision des kant. Gemeindegesetzes

[CHance21

Postfach 2408, 6002 Luzern
Verantwortlich:
Viktor Rüegg, Gross-Stadtrat
Wir danken für Unterstützung
auf PC 60-75151-6